

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 6-02/19

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Ex-sympathische Stadt im Dauertulles? Oder nur ihrer Zeit voraus?

Es sieht nicht nur rosig aus in Deutschland und dem Rest der Welt, außer für die Grünen in Deutschland natürlich, die gerade auf fast allen Kanälen und Medien hochgehpt werden, um möglichst bald die verblasste ex-Mutti Merkel ersetzen zu sollen, ob können steht auf einem anderen Blatt. US-Trump will einfach den Streit mit den Mullahs im Iran, was zum Krieg und einer Ölkrise mit Absturz der Weltwirtschaft führen könnte, für eine Exportnation wie Deutschland bedrohlich. Doch auch die EU ist vollauf gelähmt und beschäftigt mit Brexit, Italien-Krise, Krieg gegen PKWs und Rettung des Weltklimas, zumindest in Deutschland. Irgendwie will wohl niemand in den Führungsetagen von Politik und Wirtschaft zu kühleren Köpfen zurückkehren, um den beginnenden Zerfall anzugehen. Man beschäftigt sich lieber mit sich selbst, Pöstchenverteilung und dem eigenen Saft. **Und Mülheim, die abgewirtschaftete Stadt inmitten der Krisenregion Ruhrgebiet, beweist sich schon wieder als Vorreiterstadt.**

Drunter&Drüber in MH: Was ist nur mit der einst "sympathischen" Stadt los?

Am 27. Juni findet die nächste Ratssitzung in dem für über 50 Mio. sanierten Restrathaus statt, das allerdings nur noch angemietet ist. Ende Mai sah alles nach einer Mammut Sitzung und Totalchaos aus. Ein OB-Abwahantrag sollte behandelt werden, was einen Bürgerentscheid und vorzeitige OB-Neuwahl hätte bedeuten können, das Kahlschlagkonzept beim ÖPNV sollte beschlossen werden, der MBI-Antrag zur Abänderung der unverhältnismäßigen 39%igen Grundsteuererhöhung muss nach zweimaliger Verschiebung behandelt werden, der Rat muss nach dem Gerichtsurteil für das Bürgerbegehren "Erhalt unserer VHS in der MüGa" entscheiden, ob er sich dem Begehren anschließt. Wenn nicht, muss ein Bürgerentscheid an der Urne bis spätestens Ende Okt. stattfinden, das Friedhofskonzept ist weiter heftig umstritten, ein ganz neuer Masterplan Gewerbe+Industrie soll her uswusf.. Der MBI-Antrag, für den Grünzug B wie Winkhauser Tal, und Rumbachtal inkl. der Talhänge Tabubereiche für weiteres Bauen zu beschließen, wird nach Mülheimer Unsitte wahrscheinlich wieder verschoben. **In nur 2 Wochen hatten sich die Punkte OB-Abwahl und ÖPNV-Kahlschlag erledigt, noch bevor sie behandelt werden konnten.**

So wäre eigentlich wichtig nur die Entscheidung, ob zur VHS ein Bürgerentscheid stattfinden muss. (S.4) Um vorab mit den Ratsfraktionen ins Gespräch zu kommen, hat die BI "Erhalt unserer VHS in der MüGa" Vertreter aller Ratsfraktionen zu einer öffentlichen Diskussionsrunde eingeladen am Dienstag, dem 25. Juni, um 19 Uhr in "Altes Schilderhaus", Südstraße 2

Das Letzte: Neue Fraktion BfM (Bündnis für Mülheim) im Rat bestehend aus den beiden Linken, Marquardt und Felderhoff, Hasan Tuncer (Bündnis für Bildung) und dem über AfD gewählten Zimmermann, später "5vor12"



6000 Bürgeranträge gegen ÖPNV-Kahlschlag

Die Gewerkschaft Verdi mobilisiert gegen die ÖPNV-Sparpläne der Stadt. Verdi schätzt, dass im Mülheimer Rathaus bereits mindestens 6000 Bürgeranträge auf Postkarte gegen den geplanten Kahlschlag beim ÖPNV abgegeben wurden. **Wenn das kein deutliches Votum ist**

Auf den folgenden Seiten:

- Mülheim special: Ruderswettbewerb 3er ohne Steuermann und gleichzeitig in alle Richtungen S.2
 - Gedanken zur Demo gegen den ÖPNV-Kahlschlag: Wann endlich greift Düsseldorf aktiv ein? S.3
 - MBI-Antrag auf vorläufiges Einfrieren der derzeitigen Zahlungen an die Wohlfahrtsverbände S.3
 - Bürgerentscheid zur Wiederinbetriebnahme der VHS in der MüGa ohne Wenn und Aber!..... S.4
- Einlegeblatt: MBI-Antrag zur Reduzierung des Hebesatzes Grundsteuer B auf ein vertragliches Maß! und "Deutsche Steuerzahler als Melkkühe?"**

Mülheim special: Ruderwettbewerb 3er ohne Steuermann und gleichzeitig in alle Richtungen

Vorsicht Satire oder wenn die Realität selbige überholt hat



Die einzigartige und bald weltberühmte Geschichte von dem Mülheim-Dreier ohne Steuermann: **Dieser Dreier ohne Steuermann – SPD, CDU, Grüne (mit Trikot in Kenia-Farben) und dem OB als ex-Steuermann irgendwie seit 1 Jahr ganz neben dem Boot - ziemlich raus gemobbt**

– hatte Bahnbrechendes bei der alljährlichen Ruderei irgendwie und –wo auf der Ruhr beschlossen. Das abgeoffene Haushaltsboot sollte mit einem Doppelschlag auch 2019 wieder an der Oberfläche auftauchen, sichtbar zumindest kurzfristig für Aufseher aus D`dorf, denn bekanntlich haben die schon lange in Mülheim nicht so genau hingeschaut.

Schlag 1:

Grundsteuererhöhung um satte 39%. Logischerweise schlug das hohe Wellen, doch mit großer Mühe konnten unsere Kenia-Farbenen dagegen anrudern. Wie wild gewordene Handfeger erhöhte das Trio zwar hektisch noch die Taktschläge, doch bereits in alle Richtungen und mit ungewissem Ziel, weil doch aus Berlin noch die große Grundsteuerreform droht als quasi-Stromschnellen mit erneuter Untergangsgewissheit für das angeschlagene Ruderboot.

Schlag 2:

Bestens vorbereitet in Geheimrunden eines AK Haushalt setzte Coach Mendack den nächsten Coup für den Dreier ohne Steuermann abredgemäß um: Kahlschlag beim ÖPNV und das auch noch gegen alle Nachbarstädte und ohne reale Aussicht auf wirkliche Einsparung. Ziemlich schnell schlugen die Protestwellen immer höher über das lecke Boot mit seinen 3 wackeren Ruderern. Und schon bald erhöhte jeder von ihnen die Schlagzahl bis über die Schmerzgrenze, aber jeder in eine andere Richtung. Die SPD, nur noch schamrot ob ihres Schlags selbst gegen die verwandte Verdi, produzierte in Windeseile Anträge auf Anträge, glatte 18 Stück nur am 4. Juni, also glatt für das Guinnessbuch der Rekorde, um ja noch die eigene Irrfahrt wieder stoppen zu können. Die Grünen, fahlgrün ob der diametralen Widersprüche zu ihren Kids von der Future-Abteilung, zogen schnell nach und distanzieren sich aufs Schärfste von sich selbst. Die CDU, seit Jahren auf dem Kahlschlagtrip bei Straßenbahnen, tat ebenfalls überrascht und mit massiven Erinnerungslücken. Also machten sie flugs zusammen mit den Fahlgrünen schnell einen Antrag, alles erst einmal in die Tonne zu kloppen, in der Hoffnung, Kämmerer und Ruhrbahn würden ihnen ein neues Boot besorgen.

Chaos ist halt nix gegen Mölmsche Realitäten.

Ach ja, der Versuch, den nicht gewollten Steuermann ganz zu versenken, ist schon ins Wasser gefallen, noch bevor der groß angekündigte Schlag mit dem SPD-Paddel überhaupt auf ihn niedergehen konnte.

Vorschlag am Rande und zur Güte:

Die Mülheimer Stücke könnten ja beim nächsten Mal die Dilettantenriege im Rathaus einfach live als “der Mölmsche Dilettantenstadel” auftreten lassen, der 1. Preis wäre gewiss und die Stadtkasse könnte sich mit dem Preisgeld leicht erholen.



Gedanken zur Demo am 13.6. gegen den ÖPNV-Kahlschlag: Wann endlich greift Düsseldorf aktiv ein?

Obwohl die Mülheimer Kenia-Koalition aus SPD, CDU und Grünen ihre eigenen Kahlschlag-Plänen beim ÖPNV bereits in die Tonne kloppte, kamen noch mindestens 500 Menschen zur Demo gegen das indiskutable, weltfremde und bereits gescheiterte Vorhaben. Dennoch weiß keine/r in Mülheim, wie man aus dem selbsterzeugten Morast wieder herauskommen kann und noch viel weniger, ob und wie man/frau es überhaupt will.



Verkehrsgesellschaften vereinigen

Kosten sparen

Angebot verbessern



Mülheimer Bürgerinitiativen

MBI

wählen

MBI Mülheimer Bürger Initiativen · Köhlerkamp 1 · 40468 Mülheim-Ruhr

Die MBI wiederholen ihre Forderung, dass die Aufsichtsbehörden in Düsseldorf Mülheim die Entscheidungshoheit zumindest vorläufig entziehen und selbst die Regie übernehmen müssen, zumindest beim brisanten und hochsensiblen Thema ÖPNV-Zukunft. Dazu gehört auch, dass die Aufsichtsbehörde unverzüglich zumindest für das westliche Ruhrgebiet der DEMO-Städte (DU, E, MH, OB) einen gemeinsamen Nahverkehrsplan in die Wege leitet.

Läßt Düsseldorf die ratlose Stadt Mülheim, mittendrin im DEMO-Bereich mit seinen 1,5 Millionen Menschen, weiter vor sich hin wurschteln und chaotisieren, besteht große Ansteckungsgefahr für die angrenzenden Nachbarstädte!

Etwas enttäuscht waren wir davon, dass auf der Demo gestern leider nur wenige Schüler waren, obwohl verschiedene große Schulen massiv betroffen gewesen wären. „Es reicht eben nicht, für „Fridays for Future“ angeblich eine Art Klimastreik zu machen, aber wenn es in hohem Maße konkret wird, unterzutauchen, evtl. nur, weil in Mülheim eben auch die Grünen große Mitschuld an dem Desaster haben.

Bedenklich ist es auch, dass nur wenige Menschen mit sog. Migrationshintergrund sich an dieser demokratischen Mitwirkungsmöglichkeit beteiligten, obwohl doch viele von ihnen durch einen Kahlschlag beim ÖPNV deutlich betroffen sein würden.

Bei der nächsten Aktion zur Verbesserung des ÖPNV wird das hoffentlich alles besser.

Die Mülheimer Woche sah im Artikel *“Statt „AufRuhr“ ein eher laues Lüftchen“*, die Demo so: *“..... Enttäuschend war also die Zahl der Demonstranten. Nach der Empörung der Bürger und dem von Tausenden unterschriebenen Protest gegen die Pläne der Ruhrbahn unter der Überschrift “Netz 23”, fragt man sich, ob die Empörung nur ein laues Lüftchen ist? Und nicht wie allgemein erwartet ein Gegenwind mit Orkanstärke. Ein “AufRuhr” wie im Februar, als an selber Stelle gegen die Grundsteuererhöhung protestiert wurde, blieb der Stadtverwaltung am Nachmittag erspart.”*

Doch: Das „laue Lüftchen“ war nur ein Vorgeschmack, falls denen nichts wesentlich Besseres zum ÖPNV einfallen sollte.

MBI-Antrag an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 17.06.2019

Vorläufiges Einfrieren der Zahlungen an die Wohlfahrtsverbände auf dem derzeitigen Stand

Beschlussvorlage

Der Sozialausschuss (AGS) beschließt, die Dynamisierung der Zahlungen an die Wohlfahrtsverbände (Vorlage A 13 / 0855-01) bis zur Klärung der durch das Rechnungsprüfungsamt aufgedeckten Unregelmäßigkeiten bei den Vertragsgestaltungen und Abrechnungen der in Rechnung gestellten Leistungen auf den heute aktuellen Stand einzufrieren.

Begründung:

Das Rechnungsprüfungsamt hat wiederholt Mängel bei den Abrechnungen von Leistungen durch die verschiedenen Dienstleister für die Sozialagentur angemahnt. Um zu verhindern, dass hier ein noch größerer finanzieller Schaden für die Stadt Mülheim, sowie hohe Rückforderungen an die Wohlfahrtsverbände entstehen, ist es unabdingbar, die Zahlungen auf dem momentanen Stand einzufrieren, bis die Unregelmäßigkeiten im Sozialbereich aufgeklärt und beseitigt sind.

Gez. Thomas Grell, MBI-Sprecher im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

VHS-Zukunft: Lasst die Bevölkerung entscheiden, am besten für die VHS-Wiederinbetriebnahme in der MüGa ohne Wenn und Aber!



Im letzten Jahr wurde die Unterschriftensammlung für das überaus erfolgreiche Bürgerbegehren „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ durchgeführt. In kurzer Zeit waren 11.000 Unterschriften zusammen, ca. 6.600 wären nötig gewesen.

Verwaltung und Ratsmehrheit missbrauchten dann aber ihre Entscheidungsmöglichkeiten und erklärten das Bürgerbegehren einfach für unzulässig. Dagegen musste die Ini klagen und erhielt eindeutig Recht beim Verwaltungsgericht. **Nun muss ein Bürgerentscheid durchgeführt werden, sofern sich die Ratsmehrheit nicht den Forderungen des Bürgerbegehrens anschließt.** Nach

dem vollständigen Durcheinander der letzten Wochen u.a. zu OB-Abwahlverfahren, ÖPNV-Kahlschlag-Versuch, gescheitertem Friedhofskonzept u.v.m. würde es dem Mülheimer Rat guttun, endlich auch das heikle Thema der VHS-Zukunft im denkmalgeschützten Gebäude in der MüGa beerdigen zu können. Tut er das nicht, muss bis allerspätestens Ende Oktober ein Bürgerentscheid durchgeführt werden. Die Fragestellung bei einem eventuellen Bürgerentscheid lautet:

„Sollen VHS-Grundstück und –Gebäude in der MüGa im Eigentum und Besitz der Stadt Mülheim bleiben und der VHS-Betrieb dort wieder aufgenommen werden?“

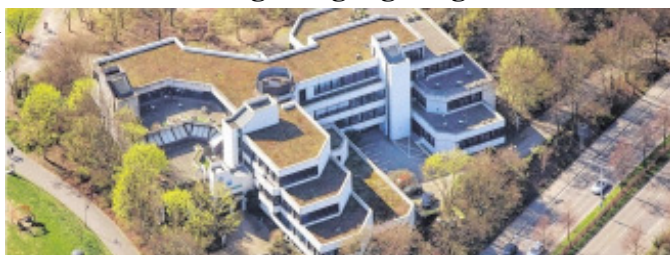
Wenn mindestens 10% der wahlberechtigten Mülheimer/innen - etwas über 13.000 - mit Ja stimmen und weniger mit Nein, ist der Bürgerentscheid erfolgreich und muss wie ein Ratsbeschluss umgesetzt werden.

Auf der vorläufigen Tagesordnung für die Ratssitzung am 27. Juni taucht der Punkt "Bürgerbegehren zum VHS-Erhalt" nicht auf. Mit welcher faulen Ausrede auch immer: Nun soll also eine Sondersitzung des Rates wahrscheinlich im Juli angesetzt werden. Also:

Die Stadt ist gerichtlich verpflichtet, den Bürgerentscheid bis spätestens Ende Oktober durchzuführen, sofern nicht der Rat sich mehrheitlich dem Begehren anschließt. Wenn der Rat aber dazu von der Verwaltung keine Möglichkeit bekäme, so würde die Stadt einen schweren Rechtsbruch begehen, was bei Gericht sicher per Eilbeschluss eingeklagt werden kann. Deshalb

Das Gutachten zur VHS-Zukunft, das eigentlich im Februar vorliegen sollte, war vor Gericht bis Mitte Juni versprochen. Nun soll es laut Mendack angeblich in den nächsten Tagen kommen. Danach soll es in einem Sondertermin den Fraktionen vorgestellt werden und später die Sondersitzung des Rates stattfinden. Die Verwaltung hatte zudem vor Gericht verbindlich zugesagt, dass dieses Gutachten im Netz und per Akteneinsicht für jeden interessierten Bürger zugänglich gemacht werde.

Doch egal, ob die Stadt ihre Zusagen einhält, auch das wird ihr auf Dauer nicht helfen. Es würde sich ansonsten aber nahtlos in die gesamte Kette von Trickereien und Missachtung aller demokratischen Anstandsregeln einfügen bei dem Riesenskandal mit der versuchten VHS-Zerstörung. Das alles bestärkt natürlich diejenigen, die seit der überfallartigen VHS-



Schließung davon ausgingen, dass das gesamte bürgerfeindliche Vorgehen einzig dem Zweck dienen würde, das VHS-Denkmal auf Dauer beseitigen zu können, um das hochattraktive Grundstück am MüGa-Rand verschern zu können. Das wäre ein böses Spiel, demokratiezerstörend und zum großen Nachteil nicht zuletzt für die schwierige Integrationsarbeit mit den vielen Zuwanderern, aber auch als Beschädigung des in Zukunft noch viel wichtigeren Bereichs der Weiterbildung, insbesondere für die zu erwartenden Arbeitsplatzänderungen im Zuge der Digitalisierung.

Man wird sehen, wie es im „Tollhaus Mülheim“ weitergeht. Alle Unterstützer der VHS jedenfalls sollten sich zum wahrscheinlich notwendigen Bürgerentscheid für unsere VHS in der MüGa langsam in Kampfesstimmung bringen. **Wir können ziemlich optimistisch sein, dass genügend Menschen unsere VHS nicht weiter in dem indiskutablen ex-Fabrikgebäude an der Aktienstr., sondern in dem denkmalgeschützten, als VHS bestens geeigneten Gebäude am MüGa-Rand haben wollen!**

Nur am Rande: Am 15. Juni veranstalteten diverse Organisationen an verschiedenen Stellen in Mülheim den "Demokratietag". Von dem realen Fast-Zusammenbruch der Mülheimer Demokratie sprachen sie nicht, leider!

Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Reduzierung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B auf ein verträgliches Maß, auch wegen der Grundsteuerreform!

Zusatzantrag zum zweimal verschobenen MBI-Antrag für die Sitzung des Rates der Stadt Mülheim am 14.02.2019, Vorlage V 19/0069-01

für die Sitzung des Rates am 27.6.2019 TO öffentlich

Abänderung des Beschlusses zur Grundsteuererhöhung um 39%

Neue Beschlussvorlage anstelle der Vorlage V 19/0069-01

Der Rat der Stadt beschließt die Abänderung seines Beschlusses vom 06.12.2018 zu „Hebesatzsatzung 2019 – Vorlage V 18/0785-02“, und zwar dergestalt, dass der Hebesatz 2019 für die Grundsteuer B von 640 % auf 700% angehoben wird, wie ursprünglich mit der Vorlage V 18/0785-01 vorgesehen. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechend abgeänderten Grundsteuerbescheide möglichst zeitnah zu berechnen und zu verschicken, zumindest aber so, dass die bereits bezahlten Beträge mit geänderten Forderungen für evtl. Ratenzahlung zum 3. Termin für Ratenzahlungen am 15.09.19 bereits verrechnet sein können.

Begründung

Die Erhöhung der Grundsteuer B um 39%, wie sie per Tischvorlage am 6.12.18 beschlossen wurde, war unverhältnismäßig und großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr vermittelbar. Die drastische Mehrbelastung betrifft alle Mülheimer Bürger, ob Eigenheimnutzer oder Mieter, und sie soll gemäß der beschlossenen Haushaltssatzung für alle Folgejahre bis zumindest 2023 gelten. Die erhofften Mehreinnahmen sollen laut Vorlage V 18/0785-02 jährlich 16,2 Mio. € betragen gegenüber „nur“ 3,9 Mio. € bei der ursprünglich geplanten Erhöhung der



Grundsteuer B auf „nur“ 700% in der Vorlage 18/0785-01 vom 1.10.18. Mit dem Hebesatz von 890% gehört Mülheim zur absoluten Spitzengruppe bundesweit von allen Kommunen über 20.000 Einwohner.

Die Mülheimer Erhöhung der Grundsteuer B um 39% ist umso bedenklicher, weil nach wiederholtem Verfassungsgerichtsurteil die Bundesregierung verpflichtet ist, in 2019 das bisherige Modell mit den Grundsteuermessbescheiden (Einheitswerten) für Immobilien grundlegend zu ändern. Da sich dann auch die Bemessungsgrundlagen für die Stadt verändern werden, auf die der kommunale Steuersatz angewendet wird, wird der bundesweite Spitzenwert von 890% viele Mülheimer, Eigenheimnutzer wie Mieter, möglicherweise noch härter treffen als die momentane, bereits unverhältnismäßige Erhöhung. Was mit der Grundsteuerreform auf die Bundesbürger zukommen wird, weiß noch niemand so genau. Nur eines aber scheint gewiss: Die Grundsteuerreform wird uns in Mülheim besonders betreffen und nicht wenige besonders hart, sofern die Stadt bei ihrem Beschluss von Dezember bliebe!

Der gesamte am 6.12.19 beschlossene Haushaltssanierungsplan 2019ff. muss spätestens mit dem Scheitern des unseriösen und nicht zeitgemäßen ÖPNV-Sparkonzepts bereits als gescheitert angesehen werden trotz der verfügbaren Haushaltssperre. Es werden also notgedrungen neue und andere Verhandlungen mit der Aufsichtsbehörde unumgänglich sein. Auf dieser Grundlage die unverhältnismäßige Erhöhung der Grundsteuer mit ihrer absehbaren großen Sprengkraft für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu belassen, ist unverantwortlich.

b.w.

Die durch den Beschluss real entstehenden Mindereinnahmen für das Haushaltsjahr 2019 kann die Kämmerei u.a. durch Verkauf eines Teils der RWE-Aktien gegenfinanzieren. Zur mittelfristigen Sanierung des Haushalts sind ohnehin strukturelle Maßnahmen vonnöten, die im Rest des Jahres dringend angegangen werden müssen. **Dass dabei die zahlreichen Vorschläge und Anregungen der Initiative „Sparfuchse 4330“ des „Teams AufRuhr“ berücksichtigt und einfließen werden müssen, sollte als Selbstverständlichkeit anzusehen sein.**

L. Reinhard, MBI-Fraktionssprecher

Anmerkungen zu

„Finanzielle Auswirkungen“ eines Beschlusses gemäß des obigen MBI-Antrags:

Entsprechend der Vorlagen aus 2018 würde ein Hebesatz von 890% Mehreinnahmen von 16,2 Mio. € für 2019 bedeuten, ein Hebesatz von 700% 3,9 Mio. € mehr Einnahmen als noch 2018. Wie hoch allerdings dabei die jeweilige städtische Eigenbeteiligung ist - z.B. für Immobilien der Stadt, ihrer Töchter und PPP-Partner und nicht zuletzt über die Sozialagentur – konnte auf die entsprechenden MBI-Anfragen hin von der Finanzverwaltung nicht genauer beziffert werden. Es ist deshalb davon auszugehen, dass real deutlich weniger Mindereinnahmen als die Differenz zwischen 16,2 und 3,9 Mio. € durch Umsetzung des MBI-Antrags entstehen werden.

Wird es richtig teuer? Grundsteuer könnte dramatisch steigen

WAZ 8.6.19: "... Die geplante Grundsteuer-Reform von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) könnte vor allem in Ballungsräumen zu erheblichen Verwerfungen führen. Das zeigen Berechnungen des Steuerzahlerbundes, die der WAZ vorliegen. Der Verband hatte in bundesweiten Stichproben für seine Mitglieder errechnet, wie sich ihre Grundsteuer nach dem Scholz-Modell verändern würde. Beispiele aus NRW und anderen Bundesländern zeigen dabei, dass die Belastung teils drastisch zunimmt - falls die Kommunen ihre Hebesätze nicht absenken. Grundsteuer zahlen nicht nur Hausbesitzer, sondern auch deren Mieter, weil die Abgabe komplett auf die Nebenkosten umgelegt werden kann.



Anmerkungen MBI:

Kommunen wie Mülheim sind hochgradig verschuldet, die Steuereinnahmen werden in den nächsten Jahren weniger als erwartet, weil die Wirtschaftskonjunktur abflaut. Es wird mehr Arbeitslose geben und die Zahl der Zuwanderer bleibt steigend hoch. Also wachsen die Ausgaben für die Kommunen stetig an. Und bankrotte Städte wie Mülheim erhöhen/senken dann die Grundsteuern kostenneutral? Wer`s glaubt

Deutsche Steuerzahler als Melkkühe?

Die amtierende GroKo aus CDU/CSU und SPD plant noch einige Änderungen und Gesetzesinitiativen, bevor es spätestens 2021 bei den nächsten Bundestagswahlen dann vorbei sein dürfte mit der Ära Merkel. Was unter anderem auf uns zukommt. Eine mögliche Besteuerung des schädlichen Treibhausgases CO2 steht im Raum, als Reaktion auf das starke Abschneiden der Grünen bei den jüngsten Wahlen. Die Grundsteuer muss noch in diesem Jahr reformiert werden, da sie in der jetzigen Form für verfassungswidrig erklärt worden ist. Bis 2021 soll in Deutschland die allgemeine PKW-Maut eingeführt werden. Und zu guter Letzt soll die Tabaksteuer angehoben werden. All dies würde Kostensteigerungen bedeuten, vor allem für den Otto Normal Verbraucher. Zur Grundsteuer s.o., PKW-Maut ähnlich unklar bisher CO2-Steuer: Mehrkosten: Werden von den Herstellern auf die Kunden umgelegt - Je nach Konsumverhalten sind einige Hundert Euro möglich

Tabaksteuer: Mehrkosten: 15 Prozent Aufschlag bei den Tabakwaren. Raucht man ein Päckchen am Tag, dann zahlt man 30 - 50 Euro mehr im Monat.

Diese Erhöhungen können Menschen in Deutschland empfindlich treffen. Je nach Lebenssituation und Konsumgewohnheiten sind signifikante Mehrkosten zu erwarten. Ein Mieter, mit eigenem Auto, der noch dazu Raucher ist könnte so auf mehrere 100 Euro pro Monat an zusätzlichen Kosten kommen, Tendenz steigend. Das hängt stark davon ab, wie die CO2 Steuer ausgestaltet wird. Aber nach den Ankündigungen der Bundesregierung sind spürbare Preissteigerungen zu erwarten.